

Voices of Economic Transformation 2023:

Die ökologische Transformation sozial gerecht gestalten

JENNY SIMON

- Es bedarf eines neuen gesellschaftlichen Konsenses über die Umsetzung des Klimaschutzes.
- Transparenz über die Kosten und die Wirkung von Klimaschutz erleichtern eine ehrliche, sachliche Debatte.
- Verteilungsfragen müssen in den Mittelpunkt der Diskussion rücken. Nur wenn Verteilungskonflikte klar analysiert und benannt werden, können sie auch gelöst werden. Soziale Gerechtigkeit und Klimaschutz sind dabei kein Widerspruch.
- Mechanismen, die die langfristige Bindungswirkung politischen Handelns erhöhen, können die ökologische Transformation erleichtern. Klimaschutz muss zur unverhandelbaren Selbstverständlichkeit werden.



Die ökologische Transformation sozial gerecht gestalten

JENNY SIMON



Dr. Jenny Simon ist Referatsleiterin für die „Soziale Dimension von Klima- und Umweltpolitik“ im Bundesministerium für Arbeit und Soziales und seit 2017 dort tätig. Nach ihrer Promotion in Ökonomie am Massachusetts Institute of Technology forschte Jenny mehrere Jahre zu Fragen sozialer Verteilung und dem Zusammenspiel von Markt und Staat.

1. Ausgangslage

Der Klimawandel ist Realität, die wissenschaftliche Beweislage ist eindeutig und umfassend. Ebenso klar ist, was ihn abmildert, im besten Fall sogar aufhält: Die Emissionen müssen sinken, und zwar schnell. Wollen wir die planetare Lebensgrundlage Erde für künftige Generationen erhalten, so ist die Transformation zu einer klimaneutralen Lebensweise eine Notwendigkeit.

Diese Erkenntnis ist seit langer Zeit bekannt. Anders aber als noch vor 10–15 Jahren sind diese Aussagen heute Common Sense: Die Mehrheit der Deutschen ist für Klimaschutz. Laut Meinungsumfragen ist der Klimawandel für einen großen Teil der Gesellschaft eines der drängendsten Probleme, wenn nicht sogar das größte Problem unserer Zeit (Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz und Umweltbundesamt 2023).

Neuere wissenschaftliche Befunde sowie die vermehrt beobachtbaren Folgen des Klimawandels machen deutlich: Der Klimaschutz duldet keinen Aufschub mehr. Das CO₂-Budget, das für das Erreichen des 1,5-Grad-Ziels noch bleibt, könnte bereits in weniger als sechs Jahren ausgeschöpft sein (Mercator Research Institute on Global Commons and Climate Change 2023). Ein ungebremster Klimawandel würde bis zum Ende dieses Jahrhunderts weite Teile der Erde unbewohnbar machen (Lenton et al. 2023). Wenngleich Deutschland noch länger zu den gemä-

ßigten und bewohnbaren Zonen zählen würde, so werden doch auch hier die Folgen des Klimawandels längst spürbar: Extremwetterereignisse wie Fluten, Stürme, Dürre und Hitze nehmen zu.

Auch wenn klar ist, dass ein weiteres Aufschieben die Lage nur schlimmer macht, geschieht zu wenig – warum?

Zwar ist Klimaschutz als abstraktes Ziel breiter gesellschaftlicher Konsens. Zugleich befürchten viele, durch Klimaschutzmaßnahmen finanziell überfordert oder in ihrer Freiheit eingeschränkt zu werden. Die Zustimmung zu einzelnen Klimaschutzmaßnahmen ist regelmäßig deutlich geringer als zum übergeordneten Ziel. Dieser vermeintliche Widerspruch spiegelt sich auch in der Politik. Deutschland hat sich dem Klimaschutz gesetzlich verpflichtet. Bis zum Jahr 2045 soll unser Land treibhausgasneutral werden. Das ist geltendes Recht. Dennoch stockt die Implementierung und Sektorziele werden nicht erreicht.

Die entscheidende Konfliktlinie betrifft also die Umsetzung: Was ist uns der Klimaschutz wert und wer soll wann welche Opfer dafür bringen?

Die Debatten zum Beispiel um die Reform des Gebäudeenergiegesetzes, aber auch um einen Industriestrompreis, um den Bau neuer LNG-Terminals oder um ein Tempolimit verlaufen sehr emotional. Das macht deutlich, welche scharfen Verteilungskonflikte zugrunde liegen. Sie zu lösen und den gesellschaftlichen Konsens auch auf die Umsetzung des Klimaschutzes auszuweiten, ist eine der wichtigsten Aufgaben der Politik.

Gerade im Angesicht populistischer Kräfte, die Klimaschutz gegen andere, meist sozial- und identitätspolitische Fragen ausspielen und so politisch instrumentalisieren, ist es dringender denn je, einen sozial gerechten Weg zur Klimaneutralität zu finden. Dafür müssen drei Dimensionen klar beleuchtet werden:

- Was sind die Kosten von Klimawandel – und von Klimaschutz?
- Wo entstehen die meisten Emissionen, wer oder was verursacht sie und wer (jetzt und in Zukunft) profitiert am stärksten von ihrer Vermeidung?
- Wie wirken die konkreten Klimaschutzmaßnahmen – sowohl im Hinblick auf Emissionseinsparungen als auch in ihren Verteilungswirkungen auf unsere Gesellschaft?

Der Wandel zu einer nachhaltigen Gesellschaft erfordert diese umfassende Auseinandersetzung mit den Herausforderungen und Konflikten: Nur so können soziale Gerechtigkeit und ökologische Nachhaltigkeit in Einklang gebracht werden, nur so kann eine sozial-ökologische Transformation als gesamtgesellschaftliches Projekt gelingen.

2. Zielkonflikte

Klimaschutzpolitik bewegt sich in einem schwierigen Feld:

Zeitliche Trennung von Ursache und Wirkung: Der Klimawandel geschieht zwar schnell aus erdgeschichtlicher Perspektive. Aber er ge-

schiebt langsam aus Sicht eines heute lebenden Menschen. Es liegt in der Natur der Sache, dass Erfolge von Klimaschutzmaßnahmen sich erst nach sehr langer Zeit bemerkbar machen. Gleichzeitig muss der Klimaschutz schnell erfolgen – das CO₂-Budget ist bald aufgebraucht. Diese Dissonanz zwischen Wissen um die Ursachen und fehlender Wahrnehmung der Auswirkungen ist eine der zentralen Herausforderungen für die Kommunikation von Klimaschutz und -politik.

Unsichtbarkeit des Erfolgs: Hat der Klimaschutz Erfolg, so ist er meist nicht sichtbar. Im besten Fall bleibt alles, wie es ist. Tritt dieser Erfolg ein, ist es aber schwierig, ihn auch als solchen zu erkennen und auf den Klimaschutz zurückzuführen. Das Präventionsparadox greift auch hier: Notwendigkeit wird meist erst dann deutlich, wenn es (zu) spät ist.

Tragik der Allmende: CO₂-Emissionen wirken global. Für die Erderwärmung ist es egal, wo und von wem CO₂ ausgestoßen oder eben vermieden wird. Das führt dazu, dass der Anreiz für jeden Einzelnen, seinen CO₂-Ausstoß einzuschränken, sinkt.

Hohe Kosten: Wollen wir Klimaneutralität bis 2045 erreichen, sind umfangreiche Umstellungen in der Wirtschaft wie auch bei Privathaushalten notwendig. Eine Studie der KfW aus dem Jahr 2021 (KfW 2021) beziffert den Investitionsbedarf dafür auf insgesamt fünf Billionen Euro.

Wir sollten also große und teure Anstrengungen unternehmen, Härten ertragen, unser Leben schnell und radikal ändern, damit in ferner Zukunft etwas (zugegeben Schreckliches) nicht geschieht, was jemand anderes genauso gut oder schlecht verhindern könnte. Dass unter diesen Voraussetzungen überhaupt ein Konsens für Klimaschutz besteht, ist erstaunlich. Umso wichtiger ist es, diesen Konsens nicht leichtfertig und für den kurzfristigen (politischen) Vorteil aufs Spiel zu setzen.

In diesem Feld ergeben sich verschiedene **Zielkonflikte**:

Vom Klimaschutz profitieren künftige Generationen am meisten. Dennoch sollten die Kosten für den Klimaschutz nicht komplett in die Zukunft verschoben werden. Eine faire und tragfähige Lösung der Finanzierungsfrage ist essenziell, um den Generationenkonflikt aufzulösen und Klimapolitik voranzubringen..

Akzeptieren wir einen hohen Kostenanteil für die heutige Gesellschaft, so stehen die notwendigen Ausgaben in Konkurrenz zu anderen Investitionsbedarfen (z.B. in Bildung). Die Einsparung von Emissionen kann aber auch jenseits der Kosten in Konkurrenz zu anderen Bedarfen stehen. Zum Beispiel wird schnell mehr bezahlbarer Wohnraum benötigt, schärfere Klimaschutzvorgaben im Gebäudesektor machen den Bau aber zunächst tendenziell langsamer und verteuern die neu geschaffenen Wohnungen.

Mehr Klimaschutz bedeutet zugleich auch die Transformation ganzer Industriezweige, was nicht zuletzt auch den Verlust von Arbeitsplätzen bedeuten kann. Diese Effekte zeigen sich zudem oft regional konzentriert, sodass Klimaschutz in Konflikt mit gleichmäßiger Strukturentwicklung in allen Teilen Deutschlands gerät.

Nicht zuletzt bedarf es immer auch der gesellschaftlichen Zustimmung. Die meisten Klimaschutzmaßnahmen betreffen nicht jeden gleichermaßen. Es stellt sich die Frage: Wer soll verzichten, wer soll sein Verhalten ändern? Wer verursacht am meisten und ist es gerecht, wenn manche sich klimaschädliches Verhalten einfach trotzdem leisten können, sich sozusagen freikaufen, während andere sich immer weiter einschränken müssen? Manche Klimaschutzmaßnahme mag aus Sicht der Emissionsvermeidung richtig sein, hat aber sehr schlechte Verteilungswirkungen und führt so zu neuen Ungerechtigkeiten. Die Förderung individueller E-Mobilität (z.B. Prämien für den Kauf eines E-Autos oder die Installation privater Ladeanlagen) mit hohen Fördersummen aus Steuermitteln ist dafür ein Beispiel. Andere Maßnahmen sind klimapolitisch sinnvoll, gehen aber mit Verboten einher, die an lieb gewonnenen Freiheiten rühren (z.B. ein Tempolimit). Diese Zielkonflikte sind besonders vor dem Hintergrund der Kurzfristigkeit politischen Handelns sehr schwerwiegend.

Wer sind die Akteure, auf die es bei der Lösung dieser Zielkonflikte ankommt? Investitionen werden von Unternehmen, der öffentlichen Hand und Privathaushalten getätigt. Sie alle folgen ihren eigenen Zielen, ihren eigenen Restriktionen und ihrem eigenen Zeithorizont. Um ihr Handeln in Richtung Klimaneutralität zu lenken, sind vor allem klare und verlässliche Rahmenbedingungen notwendig. Es ist Aufgabe der Politik, diese Rahmenbedingungen für unternehmerisches und privates Handeln zu setzen.

Damit jeder Einzelne sein Verhalten anpasst und auch Maßnahmen akzeptiert werden, die nicht für jeden Einzelnen von Vorteil sind, sondern mit Verzicht und Veränderung einhergehen, braucht es ein belastbares gemeinsames Verständnis darüber, wie Klimaschutz gerecht umgesetzt wird. Das Versprechen der „Just Transition“ muss konkretisiert werden, so dass es für jeden Einzelnen auch nachvollziehbar und keine leere Floskel ist. Dies ist zwar Aufgabe der Politik, aber zu gleichen Teilen auch von Mittlern wie Gewerkschaften, Verbänden und Lobbyisten und nicht zuletzt auch Aufgabe von Thinktanks, Presse und Medien sowie gesellschaftlichen Initiativen der Klimaschutzbewegung.

3. Handlungsempfehlungen

Das gemeinsame Verständnis für die Notwendigkeit des Klimaschutzes von abstrakter Zustimmung in einen Konsens über die konkrete Umsetzung zu entwickeln, ist keine leichte Aufgabe. Einige grundsätzliche Empfehlungen können dabei helfen:

Debatte versachlichen: Ein neuer gesellschaftlicher Konsens bedarf vor allem einer gemeinsam akzeptierten Informationsgrundlage. Nur

wenn bekannt ist, welche Kosten und welche Wirkung Klimaschutz für den Einzelnen, für verschiedene gesellschaftliche Gruppen und für die Gesellschaft als Ganzes hat, ist eine sachliche Debatte möglich. Diese Information muss aktuell, glaubwürdig und leicht zugänglich sein. Ein gutes Beispiel ist der CO₂-Fußabdruckrechner des Umweltbundesamtes (Umweltbundesamt o.J.). Für die Bereitstellung und Einordnung glaubwürdiger Fakten spielen Forschungseinrichtungen, Thinktanks, aber auch Presse, Medien und Influencer eine wichtige Rolle. Informationskampagnen und Bildungsprogramme können zudem das Bewusstsein für die Auswirkungen der Transformation auf verschiedene Bevölkerungsgruppen schärfen und die Notwendigkeit eines sozial gerechten Wandels verdeutlichen.

Aber auch die Politik ist in der Pflicht, ihr Handeln transparent zu erklären. Dazu gehört insbesondere, die sozialen Auswirkungen geplanter Klimaschutzmaßnahmen nicht zu verschweigen. Die Folgenabschätzung neuer Gesetze darf nicht auf technische Details und die Klimawirkung beschränkt sein. Sie muss gleich zu Beginn der öffentlichen Debatte vorliegen und darf nicht erst im Verfahren nachgereicht werden. Bei der Reform des Gebäudeenergiegesetzes ist es zu lange unterblieben, die anfallenden Kosten für den Einzelnen klar zu analysieren und zu benennen. So entstand Raum für Spekulationen und Angstmacherei. Das begleitende Förderkonzept wirkte wie eilig nachgeschoben anstatt von vornherein auf Grundlage einer ehrlichen Verteilungsanalyse erarbeitet und im Gesamtkontext präsentiert. Eine sinnvolle Reform, die bei einigen unserer europäischen Nachbarn längst unaufgeregte Realität ist, wurde zum gesellschaftlichen Spaltpilz.

Auch das neue Klimaschutzprogramm der Bundesregierung enthält keine Aussagen zur sozialen Folgeabschätzung, obwohl das Klimaschutzgesetz dies vorsieht. Sofern einzelne Ministerien solche Folgeabschätzungen ihrer Maßnahmen vorgenommen haben, sind sie jedenfalls nicht leicht öffentlich einsehbar bzw. wurden nicht in die politische Debatte eingebracht. Immerhin wurde dort die Einführung eines Sozialmonitorings beschlossen. Künftig sollen soziale Verteilungswirkungen schon in der Konzeptionsphase neuer Klimaschutzmaßnahmen analysiert werden. Es ist wichtig, dieses Vorhaben konsequent umzusetzen. Es ist ebenso wichtig, es nicht bei der Analyse zu belassen, sondern die Ergebnisse zu veröffentlichen und in die Gestaltung neuer Gesetze einzubeziehen.

Positive Nebenwirkungen betonen: Die Klimaschutzwirkung von Emissionsvermeidung ist zwar langfristig und schwer erlebbar. Viele Klimaschutzmaßnahmen haben darüber hinaus aber auch Vorteile, die sich sofort bemerkbar machen. Ein emissionsarmer Verkehr senkt nicht nur den CO₂-Ausstoß, er führt auch zu weniger Feinstaubbelastung. Von sauberer Luft profitieren wir heute sofort. Ein Tempolimit macht den Verkehr nicht nur sauberer, sondern auch sicherer. Der Ausbau erneuerbarer Energien in Deutschland und Europa mindert nicht nur den CO₂-

Ausstoß, er leistet auch einen Beitrag zu Souveränität und Sicherheit. Es sollten also solche Maßnahmen bevorzugt werden, die einen positiven gesamtgesellschaftlichen Nutzen über die Klimaschutzwirkung hinaus erzielen. Diese Nebenwirkungen sollten in der Debatte mehr Gewicht erhalten. So entsteht ein positives Zielbild eines klimaneutralen Lebens, das auch für die heutige Generation handfeste Vorteile bietet.

Neue Ungerechtigkeiten vermeiden: Für die ökologische Transformation müssen öffentliche Gelder in erheblichem Umfang aufgewendet werden. Gerade weil diese Ausgaben aber in Konkurrenz zu anderen wichtigen staatlichen Aufgaben stehen, ist es erforderlich, sie sozial gerecht zu gestalten. Es darf nicht der Eindruck entstehen, dass Klimaschutzpolitik Klientelpolitik ist. Eine weitere Öffnung der Schere zwischen Arm und Reich muss unbedingt vermieden werden. Ziel muss es vielmehr sein, jedes Mitglied unserer Gesellschaft zu einem klimaneutralen Leben zu befähigen. Das bedeutet, Handlungsspielräume zu eröffnen, auch und gerade für Haushalte mit schmalem Geldbeutel. Generell sollten einkommensschwache Haushalte finanziell und organisatorisch unterstützt werden, um den Umstieg auf einen klimaneutralen Lebensstil zu erleichtern. Die Kosten der Transformation sind so hoch, dass ansonsten die Gefahr einer sozialen Spaltung besteht. Dabei sollten die Umverteilungsinstrumente Arbeitsanreize erhalten und den Menschen ein selbstbestimmtes Leben ermöglichen, um stumme Alimentierung und Bevormundung zu vermeiden. Der Ausbau von Infrastruktur steht hier an erster Stelle staatlicher Verantwortung, insbesondere jener, die die gleichberechtigte Teilhabe aller an der Transformation ermöglicht. Investitionen in den öffentlichen Nahverkehr sind dafür ein gutes Beispiel. Aber auch Investitionsanreize und finanzielle Förderung für Privathaushalte können sinnvoll sein. Sie sollten jedoch so angelegt sein, dass Mitnahmeeffekte weitgehend vermieden werden und sich die staatlichen Zuschüsse nach der Leistungsfähigkeit der Empfänger richten. Grundsätzlich sollten solche Klimaschutzmaßnahmen bevorzugt werden, die von vornherein eine günstige Verteilungswirkung aufweisen. Wo dies nicht möglich ist, muss für sozialen Ausgleich gesorgt werden. Jedem die Teilhabe an der Transformation zu ermöglichen, bedeutet letztendlich auch, dass das staatlich garantierte Existenzminimum sich auf ein klimaneutrales Leben beziehen muss.

Ebenso wichtig ist es zu benennen, wo genau Emissionen anfallen und welche Emissionen durch die gewählten Mechanismen vermieden werden. Die Bepreisung von CO₂ ist zum Beispiel ein sehr effizientes Klimaschutzinstrument. Indem die Menge der verfügbaren CO₂-Zertifikate begrenzt wird, lässt sich die Gesamtmenge der Emissionen effektiv steuern. Für das Ziel, die Erderwärmung zu begrenzen, kommt es genau darauf an, die Emissionen zu begrenzen. Dem Klima ist es dabei egal, wer genau wofür Treibhausgase ausstößt. Aber für unsere Gesellschaft macht es einen Unterschied. Denn die Zahl der Zertifikate auf

dem gemeinsamen Markt ist begrenzt. Daher konkurriert das Beheizen von Wohnungen und Arbeitsstätten mit dem von Privatpools und die Fahrt im Lieferwagen mit der Spritztour im Sportwagen. Der Marktmechanismus verteilt die Emissionsrechte an denjenigen, der die höchste Zahlungsbereitschaft hat – er ist nicht dazu geeignet, das gesellschaftliche Optimum abzubilden. Deshalb haben ordnungsrechtliche Vorgaben neben dem Marktmechanismus eine wichtige Funktion. Luxusmissionen ohne gesamtgesellschaftlichen Nutzen lassen sich nur durch Ordnungsrecht vermeiden. Aber auch jenseits von Luxuskonsum kann die Nachfrage nach Emissionsrechten staatlich beeinflusst und gesteuert werden. Transparenz über Verursachungsbeiträge und den eigenen CO₂-Fußabdruck sollte mit Anreizen für klimafreundliche Entscheidungen, zum Beispiel den Verzicht auf das eigene Auto, verbunden werden. Incentivierung und Förderung spielen hier eine entscheidende Rolle. Auch der Einsatz von spielerischen Ansätzen und positiven Anstößen (Nudging) kann helfen, umweltfreundliches Verhalten zu fördern. Anreize und Belohnungen können das Bewusstsein für nachhaltiges Handeln erhöhen und den Übergang zu einer nachhaltigen Gesellschaft erleichtern. Die Lösung lautet hier nicht Markt oder Staat, sondern muss aus einem gut austarierten Zusammenspiel von Markt und Staat bestehen.

Kosten fair verteilen: Der neue Konsens muss die Finanzierungsseite ebenso einschließen. Gleichzeitig an einer starren Schuldenbremse festzuhalten, keinerlei Steuererhöhung zuzulassen und trotzdem ausreichend zu investieren, kann nicht funktionieren. So wie der Nutzen von Klimaschutz in der Zukunft zum Tragen kommt, kann auch die Finanzierung zu einem großen Teil durch staatliche Schulden erfolgen. Aber auch die weiteren Einnahmen des Staates bedürfen einer Gerechtigkeitsüberprüfung. Die Besteuerung hoher Vermögen, insbesondere wenn sie vererbt werden, kann einen erheblichen Beitrag zur Finanzierung der Transformation leisten.

Hier gilt ebenso wie bei der Gestaltung der Klimaschutzmaßnahmen, dass eine transparente Debatte über die konkrete Gestaltung unerlässlich ist. Der Grundsatz, dass starke Schultern mehr tragen sollten, ist weithin akzeptiert. Dennoch lehnen viele eine Besteuerung von Vermögen oder Erbschaften ab. Sie fürchten um ihr mühsam Ersparnes, ihre Rücklagen für den Ruhestand oder das eigene Heim. Eine verständliche Kommunikation, welche Einkommens- und Vermögensgruppen überhaupt von einer solchen Abgabe betroffen wären, könnte hier Abhilfe schaffen.

Mechanismen für politisches Commitment schaffen: Die Transformation von Wirtschaft und Gesellschaft benötigt vor allem klare und verlässliche Rahmenbedingungen. Wenn kein Verlass darauf ist, dass die gesetzlich festgelegten Klimaziele auch tatsächlich umgesetzt werden, ist es nicht verwunderlich, dass die notwendigen Investitionen nur zögerlich erfolgen. Klimaschädliches Verhalten bleibt dann rentabel.

Es wäre also wünschenswert, wenn einmal getroffene Vereinbarungen auch konsequent umgesetzt würden. Wir leben aber nicht in einer Planwirtschaft und auch nicht in einer Diktatur. Politisches Handeln steht regelmäßig zur Abstimmung. Die politischen Akteure haben also nicht nur die Aufgabe, langfristig verlässliche Rahmenbedingungen zu setzen, sondern gleichzeitig die Unterstützung dafür alle vier Jahre neu zu sichern. Da ist es verständlich, dass langfristige Wirkung aus dem Blick gerät, erst recht, wenn kurzfristig die Kosten und Zumutungen überwiegen. Das Denken in Legislaturperioden ist ein großes Problem, das langfristige und nachhaltige Entscheidungen oft erschwert.

Den bestehenden abstrakten Konsens für Klimaschutz für den kurzfristigen politischen Gewinn zu opfern, ist jedoch gefährlich. Denn ohne eine belastbare Vereinbarung haben populistische Kräfte leichtes Spiel. Klimaschutz muss zur unverhandelbaren Selbstverständlichkeit unserer Gesellschaft werden.

Dies gelingt leichter, wenn es Mechanismen gibt, die die Missachtung von Klimaschutz erschweren oder zumindest sehr teuer machen. Solche Mechanismen für politisches Commitment sind insbesondere im Zusammenspiel mit marktbasierenden Instrumenten gut zu erreichen. Schon heute wird bei großen Industriesubventionen mit Konditionalität gearbeitet. Geförderte Unternehmen müssen allerhand Bedingungen erfüllen oder im Nachhinein die Förderung zurückzahlen. Solche Konditionalität könnte sich aber ebenso auf staatliches Handeln erstrecken. Wie wäre es mit vertraglich gesicherten Förderzusagen, wenn bestimmte Klimaschutzziele verfehlt werden? Schafft der Staat zum Beispiel seine Ausbauziele klimaneutraler Infrastrukturen nicht, so könnte er sich vorab zu höheren Ausgleichszahlungen an private Akteure verpflichten, die auf diese Infrastruktur angewiesen sind. Es entsteht dann auch ein kurzfristiger Anreiz, die einmal gesetzten Ziele zu erreichen.

Zudem hilft eine stärkere Institutionalisierung der Kontrolle. Die Gutachten des Expertenrats für Klimafragen beispielsweise bleiben noch zu oft ohne Wirkung. Attestiert der Rat heute ungenügende Klimaschutzanstrengungen, so wird dem mit einer schmalen Stellungnahme begegnet. Weitere kurzfristige Nachbesserungen erfolgen aber nicht. Damit es nicht bei dieser Kommentarfunktion bleibt, könnten weitergehende Verpflichtungen der Bundesregierung gesetzlich verankert werden, die Empfehlungen des Expertenrates auch tatsächlich umzusetzen. Auch eine aktivere Rolle des Parlaments ist hier denkbar. Die aktuelle Novellierung des Klimaschutzgesetzes bietet dazu Gelegenheit.

4. Fazit

Noch besteht in unserer Gesellschaft ein abstrakter Konsens über die Notwendigkeit von Klimaschutz. Doch dieser Konsens ist fragil (More in Common 2023) und erstreckt sich nicht auf die konkrete Umsetzung von Klimaschutzmaßnahmen. Sobald es um diese Maßnahmen geht, überwiegen Ablehnung und Angst. Das Ziel ist also ein neuer gesellschaft-

licher Konsens über die Gestaltung einer sozial-ökologischen Transformation. Das schließt sowohl die Verteilung der Kosten als auch die konkrete Gestaltung der Klimaschutzmaßnahmen mit ein.

Um dies zu erreichen, müssen die Kosten des ökologischen Umbaus klar benannt werden. Ebenso braucht es mehr Transparenz über die Verursacher von Emissionen und die Wirkung von Klimaschutzmaßnahmen. Nur wenn jedem bewusst ist, was genau erreicht werden soll und wer in welchem Ausmaß betroffen ist, kann ein solcher Konsens erzielt werden.

Die sozial-ökologische Transformation darf nicht zur Floskel werden. Noch wird soziale Gerechtigkeit im Konflikt mit nachhaltiger Transformation nicht ausreichend diskutiert. Anstatt rationaler Überlegungen werden emotionalisierte und hitzige Debatten geführt, die auf keiner Seite zu Lösungen oder Fortschritt führen. Stattdessen droht eine Polarisierung, die letztlich die Zustimmung zum Klimaschutz gefährdet.

Eine ambitionierte Klimapolitik, die soziale Gerechtigkeit berücksichtigt, ist aber kein Widerspruch. Der Staat muss Handlungsspielräume für klimaneutrales Verhalten für alle Bevölkerungsgruppen sichern, Nachhaltigkeit muss für alle bezahlbar und lebbar sein. Dabei sind schwierige Verteilungsfragen zu lösen: zwischen den Generationen, zwischen verschiedenen Bevölkerungsgruppen, zwischen Klimaschutz und anderen wichtigen staatlichen Aufgaben. Sie können nur mit offener Diskussion gelöst werden. Ein Verschweigen verschärft das Problem. Das Bewusstsein für die Verteilungsproblematik im Zuge der ökologischen Transformation muss also zum politischen Standard werden.

Ein Ausweichen auf die vermeintlich leichtere Lösung – den Aufschub unbeliebter Maßnahmen – muss hingegen aus dem Repertoire politischen Handelns entfallen. Um dies zu erreichen, sollten Mechanismen für politisches Commitment etabliert werden, die die Bindungswirkung von Klimaschutz stärken. Erst wenn Klimaschutz zur unverhandelbaren Selbstverständlichkeit geworden ist, kann die sozial-ökologische Transformation wirklich gelingen.

Literaturverzeichnis

- Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz (BMUV) und Umweltbundesamt (UBA) (2023). „Umweltbewusstseinsstudie: Mehrheit der Deutschen hält Anpassung an bereits deutlich spürbare Klimakrise für notwendig. Umwelt- und Klimaschutz sind trotz vielfältiger Krisen weiterhin wichtig“. Gemeinsame Pressemitteilung. 03.08.2023 <https://www.umweltbundesamt.de/presse/pressemitteilungen/umweltbewusstseinsstudie-mehrheit-der-deutschen> (Download 06.11.2023).
- KfW (2021). „KfW Research: Klimaneutralität bis Mitte des Jahrhunderts erfordert Investitionen von 5 Billionen EUR“. In: *kfw.de*. https://www.kfw.de/%C3%9Cber-die-KfW/Newsroom/Aktuelles/Pressemitteilungen-Details_673344.html (Download 02.11.2023).
- Lenton, Timothy M., et al. (2023). „Quantifying the human cost of global warming“. In: *Nature Sustainability* 6. <https://www.nature.com/articles/s41893-023-01132-6> (Download 02.11.2023).
- Mercator Research Institutes on Global Commons and Climate Change (MCC) (2023). *Verbleibendes CO₂-Budget: So schnell tickt die CO₂-Uhr*. <https://www.mcc-berlin.net/forschung/co2-budget.html> (Download 02.11.2023).
- More in Common (2023). „Wie schaut die deutsche Gesellschaft derzeit auf die Klimabewegung?“ *More in Common*. <https://www.moreincommon.de/klimabewegung/> (Download 06.11.2023).
- Umweltbundesamt (o.J.). *CO₂-Rechner des Umweltbundesamtes*. https://uba.co2-rechner.de/de_DE/ (Download 02.11.2023).

Impressum

© Bertelsmann Stiftung November 2023

Herausgeber: Bertelsmann Stiftung, Carl-Bertelsmann-Straße 256, 33311 Gütersloh

www.bertelsmann-stiftung.de

Verantwortlich: Melanie Wodniok

Autorin: Jenny Simon

Unter Mitwirkung von: Colin Bien, Thomas Hajduk, Raphael Kiesel, Jacek Mazurkiewicz, Mitra Qurban, Sarah Rerbal, Bettina Storck

Lektorat: Hartmut Breckenkamp, Bielefeld

Gestaltung: Kerstin Schröder, Frank Rothe, Bielefeld/Berlin

Bildnachweis: S. 1: © Maria Petrish – stock.adobe.com; S. 2: Jenny Simon

Der Text dieser Publikation ist urheberrechtlich geschützt und lizenziert unter der Creative Commons Namensnennung 4.0 International (CC BY-SA 4.0) Lizenz. Den vollständigen Lizenztext finden Sie unter: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/legalcode.de>

Das eingebundene Titelfoto und das Foto aus Seite 2 ist jeweils ebenfalls urheberrechtlich geschützt, unterfallen aber nicht der genannten CC-Lizenz und dürfen nicht verwendet werden.

Initiiert wurde das Netzwerk Voices of Economic Transformation 2021 von Rana Deep Islam und Sven Liebert zusammen mit der Bertelsmann Stiftung.

Die Impulspapiere der Voices 2023 sind in einem co-kreativen Arbeitsprozess unter der Projektleitung von Melanie Wodniok mit prozessualer und redaktioneller Unterstützung des polisphäre-Redaktionsteams, bestehend aus Nina-Maria Appenzeller, Maïke Dörnfeld und Philipp Sälhoff entstanden.

Alle Impulspapiere geben ausschließlich die Meinungen, Schlussfolgerungen und Empfehlungen der jeweiligen Autor:innen wieder, die diese nicht im Namen ihrer Arbeitgeberin bzw. ihres Arbeitgebers, ihres Ehrenamts, ihrer assoziierten Organisation oder ihrer Partei äußern, sondern ausschließlich aus persönlicher Perspektive.

Hintergrund: Voices of Economic Transformation

Menschen mit Ideen aus der Praxis geben Anregungen für besseres Wirtschaften, um die großen aktuellen Herausforderungen zu meistern: Das ist der Gedanke hinter dem 2021 initiierten Netzwerk „Voices of Economic Transformation“ mit Führungspersönlichkeiten aus Unternehmen, Start-ups, Politik und Verbänden. Mit Unterstützung der Bertelsmann Stiftung kommt es jedes Jahr in einer neuen Zusammensetzung zusammen, um Ideen auszutauschen und Impulse für eine Wirtschaft, die im Sinne der Gesellschaft handelt, in die öffentliche Debatte und schlussendlich auch in die betriebliche und politische Praxis zu bringen.

Die Herausforderungen, vor denen die deutsche Wirtschaft aktuell steht, sind von Komplexität und Vielschichtigkeit geprägt und setzen sie unter massiven Druck. Die Gestaltung der Transformation hin zu einer Nachhaltigen Sozialen Marktwirtschaft ist dabei keine Einzelaufgabe, sondern sie ist als gemeinsame Anstrengung von Politik, Wirtschaft und Zivilgesellschaft zu verstehen. Vor diesem Hintergrund nehmen die „Voices“ die gesellschaftliche Verantwortung von Unternehmen und das Zusammenspiel von Wirtschaft, Gesellschaft und Politik in den Blick. Leitfragen im gemeinsamen Austausch und in der Erarbeitung von Impulsen sind dabei:

- Wie kann eine Transformation gelingen, die sich nicht nur allein um die Ausbalancierung von Wachstum und Teilhabe bemüht, sondern nun auch um die Berücksichtigung von Nachhaltigkeit in globaler Verantwortung?
- Wie können in Unternehmen mehr innovative Lösungen zur Bewältigung zentraler gesellschaftlicher Herausforderungen entstehen?
- Wie können die unternehmerische und die gesellschaftliche Handlungsfähigkeit in Krisen gestärkt werden?
- Wie können Unternehmen und Akteur:innen der Sozialen Marktwirtschaft das demokratische System stärken?
- Was sind konkrete Best Practices?

2023 haben 29 Führungspersönlichkeiten der „Voices of Economic Transformation“ 14 Impulspapiere mit dem Ziel erstellt, eine fundierte inhaltliche Auseinandersetzung mit wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Themen zu Nachhaltigkeit, Innovation, Digitalisierung, Unternehmenskultur und Geopolitik zu schaffen. Eine Übersicht der Themen sowie eine Download-Möglichkeit aller Impulspapiere sind auf folgender Webseite zu finden: <https://www.bertelsmann-stiftung.de/de/unsere-projekte/betriebliche-innovationspotenziale/projektnachrichten/voices-of-economic-transformation>

In einer ersten Runde des „Voices“-Netzwerks wurde 2022 das Buch „Update Wirtschaft für Gesellschaft“ veröffentlicht, das 29 Impulse für ein neues Wirtschaften zusammengetragen hat.